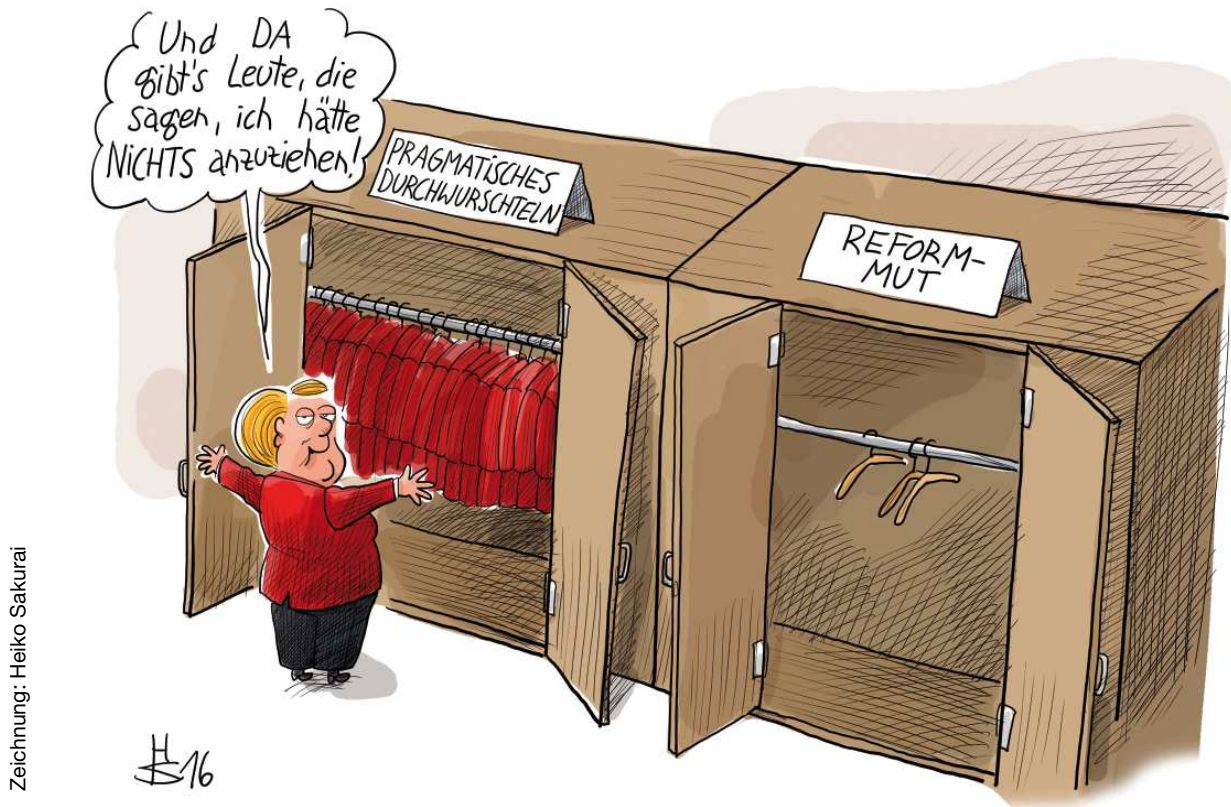


Marktwirtschaft.



Die Garderobe der Großen Koalition

„Große Koalition – große Reformen“ – diese Annahme trägt wohl. Die GroKo als teuerste Bundesregierung seit 1949 veränderte einiges, aber vornehmlich zur Gegenwartsverschönerung (u.a. durch Rentengeschenke, Gaben für Länder und Kommunen sowie mehr Pflegeleistungen). An echten Reformen zur Zukunftssicherung, an Transparenz und Nachhaltigkeit dagegen fehlte es – ein paar „schwarze Nullen“ unter optimalen Umständen sind ein eher mageres Ergebnis.

02 Noch mehr Rentengeschenke?
Editorial von Bernd Raffelhüschen

03 Neuordnung der Bund-Länder-
Finanzbeziehungen
Kronberger Kreis fordert echte Reformbemühungen

04 Generationenbilanz Deutschland 2016
Trotz kurzfristigem Achtungserfolg
bleiben langfristige Herausforderungen

05 EU 28-Nachhaltigkeitsranking Update 2016
Deutschland im EU-Vergleich auf Rang 9

06 Bargeld ist geprägte Freiheit
Kooperationstagung zeigt,
warum eine Obergrenze nicht funktioniert

08 Banken – weiter Wachstumsmotor oder Risiko?
Berliner Gespräche zum Finanzplatz
mit DZ BANK-Chef Wolfgang Kirsch

Noch mehr Rentengeschenke? Wahlkampf ist nicht Weihnachten!

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Die Tage der Großen Koalition im Kabinett Merkel III neigen sich dem Ende zu und es wird so langsam in den Wahlkampfmodus umgeschaltet. Die erste Intonation hierzu liefert dieser Tage Arbeitsministerin Nahles, die mit ihrem Vorstoß, „Haltelinien“ hinsichtlich des Rentenniveaus in das System der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) einzuziehen – zumindest vorläufig – am Widerstand des Koalitionspartners scheiterte. Worum es ihr hierbei im Grunde geht, ist recht durchsichtig: Der Durchschnittswähler in 2017 wird die Altersgrenze von 50 Jahren deutlich überschritten haben und ist somit ein Leidtragender der Agenda 2010 von Ex-Bundeskanzler Schröder. Dieser hatte nämlich das bis dahin geltende Blüm'sche Grundprinzip in sein Gegenteil verkehrt: Statt wie zuvor das Rentenniveau unter allen Umständen zu halten und dafür auch massive Beitragserhöhungen in Kauf zu nehmen, stand nunmehr die Konstanz des Beitragssatzes für die künftigen Zahler im Vordergrund.

Mit dem Nachhaltigkeitsgesetz von 2003 wurde der Exekutive ins Pflichtenheft geschrieben, dass in den kommenden Jahren nicht mehr als ein gutes Fünftel des Lohnes an die GRV abgegeben werden soll und das Rentenniveau sich dementsprechend anzupassen habe. Die Logik dahinter ist einfach und folgt unmittelbar dem Verursacherprinzip: Die ab 2030 aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Baby-Boomer werden die Zahl der Rentenbezieher annähernd verdoppeln – wofür die dann Beiträge zahlenden Kinder dieser Generation nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Pillenknick-Generation kann jedoch mit Fug und Recht behaupten, dass die Tatsache, dass sie so wenige sind, schon mit dem Verhalten der Baby-Boomer zu tun hat. Sollten diese sich also darüber beschweren, dass die Beiträge der wenigen Jungen nicht ausreichen, um das Rentenniveau zu halten, dann sollten sie auf der Suche nach dem Verursacher in

den Spiegel schauen und ein klares mea culpa anstimmen. Dieses Verursacherprinzip wird durch die „Haltelinie“ à la Nahles in sein Gegenteil verkehrt: Nicht die Eltern, sondern die Kinder werden dafür haftbar gemacht, dass sie so wenige sind. Und warum, ist auch klar: Cui bono? Es geht um die für den Wahlausgang entscheidenden älteren Wähler des Jahres 2017!

Dass der Verursacher eines (demographischen) Problems nunmehr die Kosten gern auf andere abschieben darf, steht dabei in einer schnurgeraden Linie mit der ebenfalls von Nahles eingeführten „Rente mit 63“, die unter dem Banner der Gerechtigkeit die Begünstigten unter den Rentnern nochmals begünstigt hat – und den Beitragszahler dafür zahlen lässt. Der wird im Übrigen auch dafür herangezogen, die Rente seiner Mutter zu bezuschussen – ein klassisches Nullsummenspiel.

Derartige Etikettenschwindel werden wohl auch die Rentendiskussion des künftigen Wahlkampfes dominieren. Dabei hat die GRV alles – nur das nicht – verdient. Sie ist viel besser als ihr Ruf und wenn man nichts ändert, dann bleibt sie auch weiterhin leistungsgerecht, generationengerecht und nachhaltig. Leistungsgerecht ist die GRV, weil sie die relative Einkommensposition quasi einfriert, damit derjenige, der nur kurz und wenig zahlt, eben auch nicht viel bekommt. Lebensleistung wird entlohnt – das Ausbleiben derselben aber nicht. Generationengerecht ist die GRV, weil sie eben den Jahrgängen, die wenige Kinder in die Welt setzen, verursachergerecht das Rentenniveau absenkt. Man ist fast versucht zu sagen: Das hätten die ja schließlich auch anders haben können. Und fast nachhaltig finanzierbar ist die GRV auch – was fehlt, ist allein die Anbindung des Rentenzugangsalters an die steigende Lebenserwartung. Hierin liegt das einzige *to do*, alles andere ist eher die Kategorie *don't do* oder um es unter leichter Abwandlung mit Kästner zu sagen: Es gibt nichts Gutes – außer man lässt es. Ceterum censeo: Die Rente gehört so nicht in den Wahlkampf!

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner
(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann

Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Kronberger Kreis fordert echte Reformbemühungen

Ab 2020 gilt das Neuverschuldungsverbot für die Länder. Ein Jahr zuvor laufen der geltende Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sowie der Solidarpakt II aus. Die Politik ist daher gefordert, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen in einer finanziell nachhaltigen Weise neu zu ordnen.

Das Gegenteil zeichnet sich jedoch ab. Mitte Oktober 2016 einigten sich Bund und Länder zu Lasten des Steuerzahlers. Diese Einschätzung geht aus der neuesten Studie „Für eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Marktwirtschaft, Kronberger Kreis, hervor. Die Autoren Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland und Berthold U. Wigger zeigen in ihrer Analyse, welche Defizite das derzeitige System aufweist und wie eine echte Reform aussehen könnte, die zu mehr Transparenz, demokratischer Kontrolle und finanzpolitischer Eigenverantwortung führt.

Der Vorschlag der Länder, auf dem der nun gefundene Kuhhandel zwischen Bund und Ländern fußt, wird entsprechend kritisch beurteilt. Zwar verspricht sich der Bund durch die Einigung mehr Kompetenzen, die Länder setzten aber im Wesentlichen ihre Forderungen durch. Diese bekommen nun deutlich mehr Geld vom Bund, der Finanzausgleich soll künftig über die Umsatzsteuer versteckt stattfinden. Das ist jedoch wenig überzeugend und fiskalisch nicht nachhaltig, zumal die dringend erforderliche Einführung einer größeren Steuerautonomie für die Länder ausbleibt. Die Anreize der Länder für mehr Ausgaben steigen, um die notwendigen Einnahmen müssen sie sich hingegen kaum bemühen.



Für eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Band 62

Kronberger Kreis
Lars P. Feld, Clemens Fuest,
Justus Haucap, Heike Schweitzer,
Volker Wieland, Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISBN: 3-89015-122-1



Die neue Studie des Kronberger Kreises
finden Sie auf unserer Homepage:
www.kronberger-kreis.de

Manfred J. M. Neumann

15.12.1940 – 09.07.2016



„Den wildesten Monetaristen Deutschlands“ nannte ihn einst eine Wirtschaftszeitung. Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann war nicht nur zu Dienstzeiten – zuletzt an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und geschäftsführender Direktor des Instituts für Internationale Wirtschaftspolitik mit den Schwerpunkten Internationale Makroökonomik sowie Geld- und Wechselkurs-theorie – eine scharfzüngige Koryphäe. Der gebürtige Berliner ist von 1992 an auch 20 Jahre lang Mitglied und ein Impulsgeber des Kronberger Kreises gewesen.

In seiner Studie „Die Europäische Zentralbank auf Abwegen“ in einer Reihe der Stiftung Marktwirtschaft warnte er noch 2012 vor den Gefahren der zunehmend laxen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und erinnerte an das Verbot der Staatsfinanzierung. Das langjährige Mitglied des Kronberger Kreises sah mittelfristig ein gefährliches Inflationspotential, das die EZB durch den Ankauf von Staatsanleihen sowie die Gewährung von Großkrediten schaffe: „Die europäische Geldpolitik darf nicht zur Finanzierung der nationalen Haushalte missbraucht werden.“

Noch vor der Einführung des Euros mahnte er, dass mit der Gemeinschaftswährung erhebliche Risiken verbunden seien. Die Ursache sah er nahezu prophetisch in divergierenden Denkweisen. Lebhaft engagiert und ernst in der Sache, jedoch pointiert in der Form bleibt er durch seine streitfreudigen Ansichten im Gedächtnis. Die Stiftung Marktwirtschaft und der Kronberger Kreis behalten ihn in dankbarer Erinnerung.

Update 2016 der Generationenbilanz für Deutschland...

Trotz kurzfristigem Achtungserfolg bleiben langfristige Herausforderungen

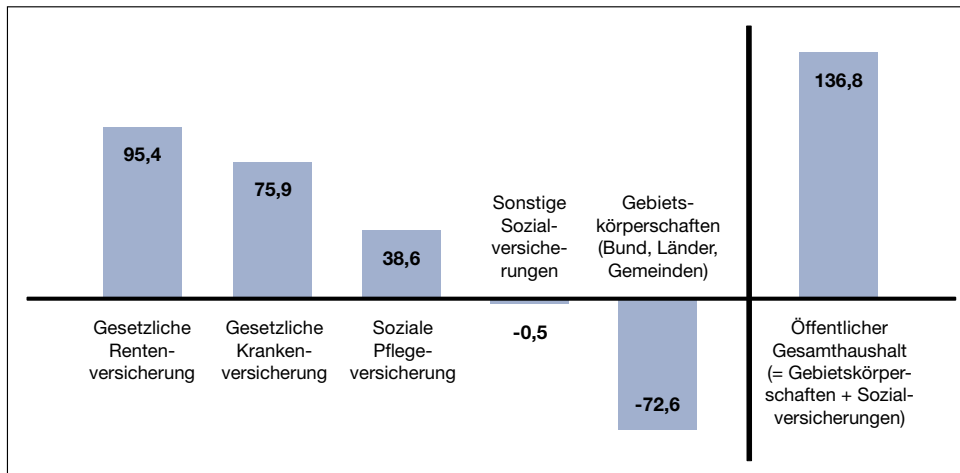


Abbildung:
Implizite Schulden der Sozialversicherungen und der Gebietskörperschaften in Deutschland

in Prozent des BIP

Quelle: Bahnsen / Manthei / Raffelhüschen (2016).

Nach Jahrzehnten kontinuierlich steigender Schulden ist die „schwarze Null“ in den öffentlichen Haushalten ohne Frage ein finanzpolitischer Achtungserfolg – mehr allerdings auch nicht. Denn trotz der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lastet auf Deutschland noch immer eine erhebliche Schuldenlast. Das zeigen die Ergebnisse der diesjährigen Generationenbilanz, die im Sommer vorgestellt worden sind. Danach kommen zu den offiziell ausgewiesenen expliziten Schulden in Höhe von 75 Prozent des BIP noch einmal implizite, heute noch nicht direkt sichtbare Schulden in Höhe von 137 Prozent des BIP hinzu. Letztere resultieren vor allem aus Leistungsversprechen der Sozialversicherungen, die mit den gegenwärtigen Beitragssätzen nicht dauerhaft finanziert werden können. Insgesamt beläuft sich die Nachhaltigkeits-

lücke auf 212 Prozent des BIP bzw. rund 6,2 Billionen Euro. Angesichts dieses Gesamtschuldenberges wäre die Politik gut beraten, auch in Zukunft konsequent klare Konsolidierungsziele zu verfolgen, um die jungen und künftigen Generationen nicht über Gebühr zu belasten.

Dies gilt nicht zuletzt angesichts der Erkenntnis, dass ungesteuerte Zuwanderung und insbesondere die stark angestiegene Fluchtmigration nach Deutschland keine ökonomische Dividende mit sich bringen. Aufgrund häufig fehlender Qualifikationen und einer dementsprechend langsamen Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist mit dauerhaften Zusatzkosten für den Staat in Höhe von rund 15 Mrd. Euro pro Jahr zu rechnen.



Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz zur fiskalischen Dividende der Zuwanderung

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 135

L. C. Bahnsen, G. Manthei,
B. Raffelhüschen

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072



Die Studie (Argument Nr. 135) finden Sie auf unserer Homepage: www.ehrbarer-staat.de

DIE WELT

vom 20.07.2016

„Der Staat weist nur ein Drittel der Schulden aus“, moniert das Vorstandsmitglied Bernd Raffelhüschen bei dem Pressegespräch der Stiftung Marktwirtschaft. „Diese [fehlende] implizite Staatsschuld gibt an, welche Rücklagen die öffentliche Hand bilden müsste, um die versprochenen Sozialleistungen in Zukunft bezahlen zu können. Weil der Staat jedoch von der Hand in den Mund lebt und keine Finanzreserven bildet, drohen künftigen Generationen deutlich höhere Lasten, als sie die heutigen Steuer- und Beitragszahler schultern müssen“, beschreibt Dr. Dorothea Siems, Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der Tageszeitung *Die Welt*, in ihrem Artikel die Methodik und das Ergebnis der diesjährigen Generationenbilanz für Deutschland.

... und des EU 28-Nachhaltigkeitsrankings

Deutschland im EU-Vergleich auf Rang 9 abgerutscht

Im Herbst 2016 hat die Stiftung Marktwirtschaft darüber hinaus zum wiederholten Mal die fiskalische Nachhaltigkeit der Europäischen Union und ihrer 28 Mitgliedstaaten unter die Lupe genommen. Dieser Analyse liegt der gleiche Grundgedanke einer langfristigen, zukunftsorientierten Betrachtung der öffentlichen Finanzen zugrunde wie der deutschen Generationenbilanz (siehe Seite 4). Abweichungen gibt es hingegen bei den methodischen Details und der wegen der Vergleichbarkeit aller 28 EU-Staaten herangezogenen Datenbasis. Diese Unterschiede erklären auch die divergierende Höhe der deutschen Nachhaltigkeitslücke in den beiden Analysen.

Der europaweite Blick auf die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen zeigt nach wie vor eine höchst problematische Gesamtsituation – und das trotz geringfügiger Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr. Deutschland liegt in diesem Gesamtschuldenvergleich im oberen Mittelfeld. Allerdings gehört es zu den neun Ländern, deren Nachhaltigkeitslücke im Jahresvergleich gestiegen ist, so dass es sich im Ranking vom siebten auf den neunten Platz verschlechtert hat.

In 22 von 28 Ländern übersteigen die impliziten die expliziten Schulden – und das zumeist sehr deutlich. Die fiskalische Zukunft sieht daher alles andere als rosig aus. Europa mag einem akuten „Schuldentod“ entronnen sein. Ohne weitergehende Reformen droht jedoch ein langes Schuldensiechtum, wenn die staatlich zugesagten Leistungsversprechen gegenüber einer alternden Bevölkerung sukzessive eingelöst werden müssen. Es gibt allerdings auch Lichtblicke: Das im Nachhaltigkeitsranking überraschend gute Abschneiden Portugals und Italiens basiert zu großen Teilen auf zurückliegenden Rentenreformen in diesen Ländern, die allerdings erst in einigen Jahrzehnten ihre volle Wirkung entfalten werden. Voraussetzung ist dabei, dass diese Reformen im Zeitablauf Bestand haben und nicht wieder zurückgenommen werden. Letzteres wäre fatal und würde die Nachhaltigkeitslücke der beiden Länder beträchtlich verschlechtern.



Mehr Informationen zum Thema erhalten Sie auf unserer Homepage: www.ehrbarer-staat.de

		Explizite Schulden	+ Implizite Schulden	= Nachhaltigkeitslücke 2016 (Gesamtschulden)	2015
1	Kroatien	87	-48	39	144
1	Estland	10	29	39	63
3	Lettland	36	17	53	95
4	Dänemark	40	22	62	298
5	Italien	132	-25	107	57
6	Bulgarien	26	83	109	209
7	Ungarn	75	60	135	102
8	Portugal	129	18	147	109
9	Deutschland	71	90	161	149
10	Polen	51	128	179	190
11	Schweden	44	155	199	273
12	Österreich	86	163	249	221
13	Tschechien	40	214	254	396
14	Frankreich	96	170	266	291
15	Litauen	43	229	272	279
16	Slowakei	52	259	311	320
17	Griechenland	177	154	331	392
18	Malta	64	273	337	404
19	Niederlande	65	291	356	390
20	Rumänien	38	343	381	263
21	Vereinigtes Königreich	89	301	390	498
22	Finnland	64	368	432	455
23	Zypern	108	350	458	391
24	Slowenien	83	466	549	545
25	Belgien	106	497	603	579
26	Spanien	100	665	765	592
27	Irland	79	709	788	1171
28	Luxemburg	22	803	825	984
Ø	EU28	87	169	256	266

Abbildung:
EU Nachhaltigkeitsranking
2016

Nachhaltigkeitslücke in
Prozent des jeweiligen BIP

Quelle: Peters / Raffelhüschen /
Reeker (2016).

Entwicklung ggü. 2015

- Schuldenabbau
- etwa gleichbleibend
- Schuldenanstieg

Bargeld ist geprägte Freiheit

Kooperationstagung zeigt, warum eine Obergrenze nicht funktioniert

Niemand hat die Absicht, das Bargeld abzuschaffen! Trotz oder gerade wegen solcher Dementis wächst die Sorge in Deutschland, künftig nicht mehr frei über die Wahl des Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittels entscheiden zu können. Anfang dieses Jahres überraschte die Bundesregierung mit ihrem Vorstoß, eine Obergrenze für Bargeldzahlungen gesetzlich verankern zu wollen. Die Europäische Kommission prüft eine europaweite Regelung, während die Bundesregierung bereits angekündigt hat, notfalls im Alleingang eine nationale Obergrenze einführen zu wollen. Verblüffend parallel teilte die Europäische Zentralbank mit, den 500-Euro-Schein abzuschaffen. Offiziell soll dies alles dem Wohle des Bürgers dienen und der Prävention von Kriminalität und Terrorismus. Sind gesetzliche Bargeldbeschränkungen auf Kosten individueller Freiheit und Privatsphäre tatsächlich das geeignete Mittel, um Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismusfinanzierung effektiv zu verhindern? Welche weiteren Motive und Versuchungen könnten sich hinter der Anti-Bargeld-Initiative verbergen?

Diesen zentralen Fragen ging die Stiftung Marktwirtschaft in der Tagung „Bargeld ist geprägte Freiheit: Warum eine Obergrenze nicht funktioniert“ zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Deutschen Stiftung Eigentum und der Ludwig-Erhard-Stiftung am 21. September 2016 in der Britischen Botschaft in Berlin nach. „Bargeld gefährdet nicht unsere Sicherheit und Freiheit, es



Prof. Michael Eilfort, Dr. Levin Holle, Roland Tichy, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Dorothea Siems, Reiner Holznapel M.A. und Prof. Friedrich Schneider (v.li.).

bewahrt sie. Freiheit braucht Eigentum und Eigentum schafft Freiheit“, charakterisiert Dr. Hermann Otto Solms, Vize-Präsident des Deutschen Bundestages a.D. und Vorsitzender des Stiftungsrates Deutsche Stiftung Eigentum die Bedeutung des Bargelds. Aus Sicht von Professor Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, würde die Einführung einer gesetzlichen Bargeldobergrenze – als schleichender Einstieg in den Ausstieg aus dem Euro – nicht nur wesentliche Freiheitsrechte beschneiden und totalitären Tendenzen Vorschub leisten: „Bargeld dient auch als Schutz des Eigentums vor konfiskatorischem Übergriff durch den Staat.“



Die Bürger einer bargeldlosen Welt wären überwiegend auf elektronische Zahlungswege angewiesen. Dies würden nicht nur Datensammler, Finanzdienstleister und die organisierte Kriminalität ausnutzen. Auch der Fiskus könnte in Zeiten notorisch klammer Haushalte in Versuchung geraten, den gläsernen Bürger für seine Zwecke zu schröpfen. Bei vollem Einblick in und Zugriff auf alle Vermögenswerte könnte der digitale Finanzbeamte der Zukunft auf Knopfdruck die Einnahmen des Staates mehren. Darüber hinaus würde die Europäische Zentralbank Negativzinsen in erheblichem Maße einführen, um so an die Töpfe der Sparer zu kommen, mahnt Eilfort.



Prof. Dr. Friedrich Schneider von der Universität Linz.

„Die Pläne der Bundesregierung zur Einführung einer Bargeldobergrenze basieren auf einer wissenschaftlich kaum tragfähigen Analyse“, befand Professor Friedrich Schneider. Der Fachmann der Universität Linz für Forschungsfragen zur Schattenwirtschaft und organisierten Kriminalität kritisiert, dass die im Auftrag des Bundesfinanzministeriums durchgeführte „Dunkelfeldstudie“ von fragwürdigen Hochrechnungen ausgehe, die zu nicht nachvollziehbaren Schätzwerten des potenziellen Geldwäschewolums in Deutschland führten. Statt den kolportierten „über 100 Mrd. Euro“ sei ein Geldwäscherisiko zwischen 15 und 30 Mrd. Euro realistischer. Zudem schleuse die organisierte Kriminalität bereits jetzt Bargeld nur in kleinen Tranchen ins System. Eine Bargeldobergrenze wäre daher wenig zielführend. Auch für Roland Tichy, Vorsitzender des Vorstands der Ludwig-Erhard-Stiftung, ist es „absurd zu glauben, dass mit dem Bargeld auch die Kriminalität verschwindet. Es ist die Freiheit, die damit verschwindet.“



Reiner Holzmagel, Präsident des Bundes Deutscher Steuerzahler, hebt das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger hervor. „Dieses Vertrauen hat sich der deutsche Staat längst verspielt. Wir müssen deswegen für den Erhalt des Bargelds kämpfen.“ Dr. Levin Holle, Leiter der Abteilung Finanzmarktpolitik im Bundesfinanzministerium, verweist darauf, dass andere europäische Länder längst Bargeldobergrenzen eingeführt hätten. Kriminelle Geldströme würden sich vermehrt nach Deutschland verlagern. Eine europaweite Obergrenze für Bargeldzahlungen sei daher angebracht.

Ob wirklich davon auszugehen ist, dass eine gesetzliche Bargeldobergrenze die gewünschten Ziele erfüllt und welche weiteren Implikationen eine einmal eingeführte Obergrenze haben könnte, analysiert auch die Studie „Bares bleibt Wahres – Bargeld als Garant für Freiheit und Eigentum“, die kürzlich als Argument der Stiftung Marktwirtschaft erschienen ist.



**Bares bleibt Wahres
Bargeld als Garant für Freiheit
und Eigentum**

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik,
Nr. 136

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

web Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de



Die Studie (Argument Nr. 136) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Banken – weiter Wachstumsmotor oder Risiko?

Berliner Gespräche zum Finanzplatz Deutschland mit DZ BANK-Chef Wolfgang Kirsch



Wolfgang Kirsch, Vorstandsvorsitzender der DZ BANK.

Beim dritten „Berliner Gespräch zum Finanzplatz“ war Wolfgang Kirsch, Vorstandsvorsitzender der DZ BANK AG, auf Einladung der Hessischen Landesregierung und der Stiftung Marktwirtschaft am 19. Oktober 2016 in der Berliner Landesvertretung zu Gast. Der „European Banker of the Year 2014“ steht in besonderer Weise für den Finanzplatz Frankfurt. Er verantwortet seit Jahren die Geschäfte des genossenschaftlichen Verbunds und seit Kurzem auch die nach mehreren Anläufen nun gelungene Fusion von DZ und Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank (WGZ Bank) AG.

Für Staatsministerin Lucia Puttrich MdL ist die Diskussion um den Finanzplatz Frankfurt insbesondere vor dem Hintergrund des Ausgangs des britischen Referendums, dem sogenannten Brexit, von zentraler Bedeutung. Die Gastgeberin versteht die hessische Metropole nicht nur durch den Sitz von ca. 200 Banken, sondern auch durch wissenschaftliche Kompetenzzentren wie das renommierte House of Finance als einen „starken und kompetenten Finanzplatz“.



Kirsch beginnt seinen Vortrag zum Thema „Banken – weiter Wachstumsmotor oder Risiko?“ mit einem Branchenüberblick auf Europa und verschweigt dabei nicht die fundamentale Krise des Bankensektors. Die Börsenbewertung unterstreiche die Hartnäckigkeit und historische Dimension der Bankenkrise. Die DZ BANK-Gruppe verfüge über eine gute Eigenkapitalausstattung. Sie erreiche unter deutschen Banken das beste Rating (AA- bei Fitch/S&P).

Kirsch erwartet allerdings in den kommenden Jahren, dass der Bankensektor mit großen Herausforderungen konfrontiert werde. Die Eigenkapitalrendite gerate durch Niedrigzins, Digitalisierung und Regulatorik weiter unter Druck.



Staatsministerin Lucia Puttrich MdL.

Das klassische Filialgeschäft befinde sich im Wandel. Die sogenannten FinTechs stellten einen bedeutenden Katalysator bei der Entwicklung des Finanzsektors und der Veränderung des Kundenverhaltens dar. Die Belastung durch einen unverändert hochkomplexen regulatorischen Rahmen bleibe zudem bestehen. Für die DZ BANK sei in der Konsequenz die Bündelung übergreifender Strategie- und Steuerungsfunktionen in einer Einheit mit nur wenigen, verbundnahen Aufgaben die Antwort auf diese Herausforderungen. Ein in diesem Jahr gegründetes Innovationslabor stelle sich zudem aktiv den Herausforderungen der Digitalisierung im Bankgeschäft.

Auf die Frage der von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, moderierten Diskussion, wie die Banken Wachstumsmotor bleiben können, sieht Kirsch vor allem das Erfordernis, ein neues Selbstverständnis als Finanzdienstleister und Technologiemittler zu entwickeln: Gelingt das, würden die Banken wieder stärker zum Wachstum beitragen.